

Köhler in Mainz: Politik muss entscheiden, ob sie dieses Haus einstürzen lässt

Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Dr. Andreas Köhler, hat heute zu Beginn der Vertreterversammlung in Mainz mehr Freiräume für die ärztliche Selbstverwaltung gefordert. „Ich habe es satt, zum Beispiel von den Augenärzten heute zur Sau gemacht zu werden – und ihnen dann nur sagen zu können, dass ich für jede Veränderung den GKV-Spitzenverband und das Ministerium brauche“, erklärte Köhler. Dem KV-System könne nicht die Schuld an der Misere gegeben werden, wenn es gar nicht die Honorarverteilungshoheit habe. Die Politik müsse sich endlich entscheiden, ob sie zu einer starken Selbstverwaltung stehe oder ob sie einen völligen Neuanfang wolle.



Köhler sieht die Politik vor einer wichtigen Richtungsentscheidung.

Das KV-System brauche mehr Freiheiten und auch entsprechende Sicherheiten, die mit der nächsten Reform verankert werden müssten. Köhler verglich das KV-System mit einem Haus, dessen Fundament durch Selektivverträge, den Druck von Kassen und Politik stark angegriffen sei. „Erdbeben haben dieses Fundament in der letzten Zeit erschüttert. Geht es so weiter, ist der Einsturz nicht mehr zu verhindern.“ Die Parteien hätten bislang in ihren Aussagen zur Gesundheitspolitik wenig Profil gezeigt. Sie müssten nun aber endlich ganz direkt sagen, „ob sie das Haus abreißen und einen Neuanfang wollen – oder ob wir die überfällige Sanierung in Angriff nehmen.“

„Für mich ist klar: Ich ziehe ein gut renoviertes Gebäude mit erfolgreicher Vergangenheit, dass nach der Sanierung allen modernen Anforderungen in vollem Umfang entspricht, einem Neubau eindeutig vor, dessen Architektur nicht bekannt und dessen Statik nicht gesichert ist“, erklärte der KBV-Vorsitzende.

Köhler erneuerte auch seine Forderung nach einer Wettbewerbsordnung, die das KV-System stärken könne. Auch schloss er sich der Forderung der Bundesärztekammer nach einem Gesundheitsrat an: Nötig sei eine Stelle, die Versorgungsdefizite aufspürt und bei entsprechenden Gegenmaßnahmen auch an einer Evaluation arbeite. Ergänzend müsse das Honorarsystem künftig die Qualität der Medizin stärker berücksichtigen.

Das KV-System muss sich laut Köhler als Versorgungsgestalter positionieren und nicht als ewig gestrige Verteiler von Honoraren. „Manchmal habe ich den Eindruck, das wir das über den Diskussionen zum operativen Tagesgeschäft – die wichtig und notwendig sind – zu sehr in den Hintergrund drängen.“ Versorgung gestalten bedeute vor allem, die Zielstruktur einer

guten ambulanten Versorgung zu entwickeln und diese konsequent zu verfolgen. Köhler: „Das dürfen wir auf gar keinen Fall alleine anderen überlassen. Nicht den Krankenkassen, nicht dem Staat und nicht einzelnen Ärzteverbänden.“ Was ein AOK-Arzt mache, bestimme ausschließlich die Kasse. „Überlässt man es dem Staat, ist der Weg in die planwirtschaftliche Zuteilungsmedizin vorgezeichnet. Überlässt man es einzelnen Ärztegruppen, zerfasert die Versorgung immer mehr in abgeschottete Sektoren.“ Das KV-System habe den riesigen Vorteil, Versorgung fachübergreifend und kassenartenübergreifend gestalten zu können und in Versorgungsketten zu denken.

Viele Vertreter unterstrichen in ihren Redebeiträgen Köhlers Forderungen nach einer Sanierung des KV-Systems. „Wir haben es nicht mit dem Kulminationspunkt einer schicksalhaften Entwicklung zu tun. Sondern mit einer planvollen Beschädigung durch die Politik“, sagte der Vorsitzende der KV Bremen, Dr. Till Spiro. „Die Politik muss sich jetzt dazu entscheiden, den demokratisch legitimierte Körperschaften den Rahmen zu schaffen, damit sie die Steuerungsverantwortung wieder wahrnehmen können“, forderte Spiro.

Der Gesetzgeber dürfe nicht zulassen, dass Diagnosedaten das KV-System verließen, sagte die Vorsitzende der KV Hessen, Dr. Margitta Bert, zum Thema Selektivverträge. Diese erschüttere die Schweigepflicht und damit die Grundfeste der ärztlichen Tätigkeit.

Kritik übte auf der insgesamt eher verhaltenen Diskussion Dr. Gottfried von Knoblauch zu Hatzbach von der Landesärztekammer Hessen. Man dürfe nicht wie Köhler erst über die Sicherung der Gesamtvergütung reden und dann an über Kostenerstattung nachdenken. „Nur eine Kostenerstattung würde uns dazu führen, dass wir zeigen können, wo der Mangel ist.“

Konkrete Konsequenzen bei fehlender Reaktion der Politik forderte Vorsitzender der KV Westfalen-Lippe, Dr. Ulrich Thamer. „Wir müssen alle dafür sorgen, dass der Eindruck entsteht, dass es ernst gemeint ist.“ Dazu müsse es auch Folgen haben, wenn die Forderungen nach mehr Spielraum unerhört bleibe.

Besonderen Einsatz gegen einen Verlust des Datenschutz durch Selektivverträge forderte auch der Vorsitzende der KV Bayerns, Dr. Axel Munte. Die AOK habe in Bayern 40 Millionen Euro abgezogen und an die HÄVG überwiesen, klagte er. Das Urteil des Bundessozialgerichts und der Datenschutz scheine in bestimmten Gremien keine Rolle zu spielen. „Das ist ungeheuerlich und empörend.“

Munte verteidigte seine Kritik am KV-System. „Loyalität erfordert auch, dass man einander zuhört – auch jemandem, der eine andere Meinung hat“, forderte er von Köhler. „Ich mache 30 Jahre Berufspolitik und man hinterfragt nicht, was ich eigentlich meine. Man muss akzeptieren, dass einer etwas anderes tut, was vielleicht zukunftsweisend ist.“ Er sei jedoch froh und dankbar, dass jetzt offen alles besprochen werden könne, fügte er versöhnlich hinzu.